

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfachkonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik od. sonstig irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Beförderungs-Einrichtungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentl. — 55 Gold-Mark bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentl. — 50 Gold-Mark; durch die Post monatlich M 2.50 freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Geldmark: Die sechsmal gespaltene Beizeile (Moffe's Zeilenmaß 14) M — 20, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M — 15. Tägliche Zeile M — 60 und M — 45; Reklame M — 50. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. — Briefkurs vom Jahrtag. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großpörsdorf, Bretzig, Harnswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlüttenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Eichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 96

Dienstag, den 12. August 1924

76. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Der Plan über die Errichtung einer ober- und unterirdischen Telegraphenlinie in Ohorn, Ortsteil Fuchselle, liegt beim Postamt Ohorn vom 13. August ab 4 Wochen aus.
Telegraphenbauamt Baugen.

Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Wochenblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste.

Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankergewerbes hat mit Unterstützung anderer wirtschaftlicher Verbände beim Reichsfinanzminister die völlige Wiederherstellung des Bankgeheimnisses beantragt.
Zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission ist ein Abkommen über die formalen Bestimmungen für die Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes abgeschlossen worden.
Nach den heute vorliegenden Dispositionen tritt der Reichstag am Mittwoch, den 20. August, zur Erledigung der Dawes-gesegneten Angelegenheiten zusammen.
Das dritte Komitee der Londoner Konferenz hat auch am gestrigen Sonntag seine Arbeiten fortgesetzt. Um 6 Uhr erstatteten die deutschen Sachverständigen Bericht bei der deutschen Delegation, um neue und erweiterte Vollmachten zu erhalten.
Infolge einer Meldung des „Matin“ wird Morgan nach Schluß der Londoner Konferenz über Holland und Dänemark nach Schweden reisen.
Italienische Bankkredite beschlossen die Beteiligung an der deutschen Reparationsanleihe. Es ist beabsichtigt, einen Posten von 80 bis 100 Millionen Goldmark in Mailand und Rom zur Verfügung zu bringen.
Der gegenwärtig in Argentinien weilende italienische Kronprinz ist von der Universität Buenos Aires zum Ehrendoktor ernannt worden.
Wie der „Corriere della Sera“ aus Sofia meldet, verordnete ein Dekret der Regierung die Zwangsschließung der kommunistischen Organisationen in Bulgarien.
An der polnischen Ostgrenze haben die Einmäße russischer Bandenformationen ihren Fortgang genommen. Bis jetzt sind 8 Dörfer vollkommen ausgeplündert und teilweise zerstört worden. Größere Truppenformationen mit Artillerie sind an die Ostgrenze abgegangen.

Von Weimar nach London.

Der „Vorwärts“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß ganz Deutschland am Sonntag und Montag im Zeichen von Schwarz-Rot-Gold gefanden habe. Eine etwas tollkühne Behauptung. Um aber jedem Konflikt aus dem Wege zu gehen, kann man immerhin einräumen, daß dieses Urteil wenigstens für das offizielle Berlin zutrifft. Für die Behörden des Reiches und Preussens war die Verfassungsfeier das große Ereignis des Tages. Und immerhin ist ja auch das fünfjährige Bestehen des neuen Staates ein Anlaß, sich einigen Betrachtungen über das hinzugeben, was während dieser Zeit erreicht worden ist. Erreicht in dem Sinne eines neuen Aufstiegs nach dem furchtbaren Fall, den das deutsche Volk im November 1918 getan hat. Die erste Etappe der langsam einsetzenden Erholung war zweifellos die Verfassung, deren Geburtstag gestern gefeiert wurde. Was man auch gegen sie sagen mag, mit ihr ist wenigstens eine Basis geschaffen worden, von der aus weiter gebaut werden konnte, und von der aus noch weiter gebaut werden muß. Und dies erst recht. Dieser Notwendigkeit haben sich auch die offiziellen Festredner des Tages nicht ganz verschließen können. Ihr hat sogar Herr Dr. Petersen in seiner Reichstagsrede Ausdruck gegeben, in der er schöne Worte von den Rechten und Freiheiten des Volkes gesprochen hat. Worte freilich, die heute bereits einen ganz anderen Sinn haben als an jenem Tage, da man die Verfassung aus der Taufe hob. Denn bisher hatten diese Rechte und Freiheiten einen fast einseitigen Anstrich. Das hat man langsam auch in den Kreisen einsehen gelernt, die in dieser Verfassung ursprünglich ein unantastbares Heiligtum sahen. Stelleweise wären wir der zersetzenden Streitfragen, die die Parteien der Linken in ihrem Doktrinismus mit der Verfassung ins deutsche Volk geworfen hatten, längst frei und ledig, wenn man diese Einsicht etwas früher gehabt hätte. Aber jetzt hat Herr Dr. Petersen ja selbst die Wen-

den vom Menschlichen, Unzu-Menschlichen gefunden, und so wollen wir uns freuen und es als ein gutes Omen nehmen für die Periode der innerpolitischen Auseinandersetzung, die der nächste Winter uns zweifellos bringt und die auch über manche Verbesserung Klarheit schaffen wird, die an dieser Verfassung allmählich bitter notwendig geworden ist.

Bisher aber gilt es erst noch die große außenpolitische Aufgabe zu lösen, auf die auch Reichsminister Faurel hingewiesen hat, um in etwas unanfechtbar, aber immerhin erfrischender Art die feiernden Herzen wieder auf die feste Erde zurückzuführen. Die nächsten Tage werden nun zeigen müssen, ob und wie diese Aufgabe sich lösen läßt. In London spricht man schon davon, daß die Konferenz am Freitag zu Ende gehen kann. Bis dahin gilt es freilich noch, eine Verständigung über die Frage zu finden, die die schwierigste der ganzen Konferenz darstellt, die Frage der militärischen Räumung. Herr Herriot ist mit seinen Mitarbeitern wieder nach London zurückgekehrt, und das hat wenigstens die eine gute Seite gehabt, daß die Wiederholung des Sturzes von Cannes vermieden wurde. Etwas skeptischer freilich kann man der Darstellung der französischen Presse gegenübersehen, als ob das Ergebnis des Pariser Zwischenspiels ein großer und uneingeschränkter Sieg Herriots sei. Gewiß, Herr Herriot hat sich insofern durchgesetzt, als er die Räumungsfrage nicht auch noch mit dem Problem der sogenannten Sicherheit verquiden braucht. Aber das Wesentliche für uns — und letzten Endes auch für die französische These — ist doch die Frage nicht nach dem Grunde, sondern nach dem Zeitpunkt der Räumung. Nun haben die Franzosen sich aber eine Räumungsfrist zurechtgelegt, nach der Deutschland ihnen offiziell bestätigen soll, daß sie noch etwa ein ganzes Jahr im Ruhrgebiet bleiben und ihre Herrschaft ausüben dürfen, von der sie doch beim besten Willen nicht sagen läßt, daß sie unter Herriot wesentlich mildere Formen gehabt habe als unter der Regierungzeit seines Vorgängers Poincaré. Umformt aber sollte es selbstverständlich sein, daß keine deutsche Delegation in der Lage ist, ein solches Abkommen zu unterschreiben. Man muß sich doch auch klar machen, daß die Kölner Zone am 10. Januar zu räumen ist, daß diese Räumung aber automatisch hinausgeschoben werden dürfte, wenn etwa die Franzosen noch im nächsten Jahr um diese Zeit an der Ruhr sitzen sollten. Ohne die Befreiung von Köln würden sie nach ihrer eigenen Feststellung vollkommen in der Luft hängen und daraus würde sich also ergeben, daß Herr Mac Donald auf der Basis des vorgestrichenen Kompromiß-Abkommens so lange in Köln bleiben müßte, wenn er Wert darauf legt, das größere Übel zu verhindern, daß nämlich die Franzosen sich auch noch in diesem Abschnitt festsetzen.

Vom deutschen Standpunkt ist deshalb nur eine Lösung der Räumungsfrage tragbar, die mit Fristen arbeitet, auf Grund deren auch der Kölner Brückenkopf zur vertragsmäßigen Zeit von jeder Besetzung frei wird. Die deutsche Delegation hat also noch ein schwieriges Stück Arbeit vor sich, das Schwierigste der ganzen Konferenz. Man muß ihr einräumen — und daran wird auch die Kritik der Opposition nicht vorbeistehen — daß sie in der Amnestiefrage einen Erfolg davongetragen hat, mit dem sie zufrieden sein kann. Gewiß, die Freude wird durch das Zugeständnis einigermaßen getrübt, daß auch die separatistischen Hochverräter begnadigt werden müssen. Aber wir müssen uns damit trösten, daß es auf diese Weise wenigstens gelungen ist, die Freilassung auch des letzten von den Franzosen noch festgehaltenen Deut-

schen durchzusetzen. Wenn man in genügendem Maße Optimist ist, kann man diese Regelung als ein gutes Omen auch für die letzte Frage ansehen, die noch geklärt werden muß. Aber es hat keinen Zweck, sich darüber hinwegzusetzen, daß diese Frage die schwierigste unter allen ist. Der Optimismus, der ausgerechnet von der französischen Presse über das Räumungsproblem ausgesüttelt wird, ist zu deutlich, als daß man nicht die Absicht merkte, die darauf hinausläuft, Deutschland zu düpierten. Hoffen wir, daß unsere Vertreter auf der Hut sind und daß es ihrer Geschicklichkeit gelingen möge, auch noch über diesen steilen Berg hinwegzukommen.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Die Verfassungsfeier im Amtsgericht) war von allen Teilen der Bevölkerung besucht. Sie wurde eingeleitet durch ein von Herrn Bormann vorgetragenes Präliminar von Joh. Seb. Bach. Amtsgerichtsrat Dr. Eichner hielt eine kurze Ansprache über die geschichtliche Grundlage und über die Grundgedanken der Verfassung. In dem Befehlsurteil „Deutschland, Deutschland über alles“ lag die Schlichte, aber würdig verlaufene Feier aus.

Pulsnitz. (Vortrag.) Am vergangenen Freitag hielt im Saale des Hotel „Grauer Wolf“ Herr Adlung-Leipzig, Schriftführer des Landesverbandes, einen Vortrag über den Zweck und die Ziele der Kleingartenbewegung. Ausgehend von den Anfängen des Kleingartenwesens schilderte der Vortragende in gemeinverständlichen Worten die Entwicklung und die großen Fortschritte desselben bis in die heutige Zeit. Im weiteren behandelte er das Vereinswesen, den Aufbau und die Bedeutung des Zusammenschlusses der Kleingärtner und hob insbesondere die bisher durch die Organisation gezeigten großen Erfolge (Kleingartengesetz, Bachpreisregelung usw.) hervor. Auch rein gärtnerische Fragen streifte der Vortragende. Namens des Pulsnitzer Vereins dankte der Vortragende, Herr Bachstein, dem Redner für die geduldeten vorzüglichen Ausführungen. Der Besuch des Abends war leider nur ein mäßiger. — d.

Pulsnitz. (Konsum-Verein.) Am Sonntag, den 3. August fand die von 62 Delegierten besuchte Vertreterversammlung des Konsumvereins statt. Geschäftsführer Kloßke sprach über die trostlose Lage der Konsumvereine im allgemeinen in der letzten Zeit. Sehr erfreulich sei es, daß trotz der sehr schlechten Wirtschaftslage der Verein Pulsnitz verhältnismäßig günstig dastehet. Und das sei der Treue der Mitglieder zu danken; leider könne man das nicht von allen Mitgliedern sagen. Geschäftsführer Kloßke wies nach, daß in letzter Zeit der Umsatz wieder sehr gestiegen sei, ein Beweis, daß es für die Mitglieder vorteilhaft sei, wenn sie ihren ganzen Bedarf im Konsumverein decken. Er sprach dann über die Aufwertungsfrage auf Grund der Dritten Steuerreform. Ob die öffentlichen Sparkassen in der Lage sein werden, mit 15 Prozent aufzuwerten, sei zweifelhaft. Um so erfreulicher sei es, mitzuteilen, daß es dem Verein möglich sei, bei der Vertreterversammlung zu beantragen, die Spareinlagen Konto I und II mit 25 Prozent aufzuwerten. Als Goldmarkbetrag gelten die Einzahlungen, welche bis zum 1. Januar 1918 eingezahlt sind zum Nennbetrag. Bei den späteren Einzahlungen ist für die Berechnung des Goldmark-Betrages der Tag der Einzahlung maßgebend. Im übrigen gelten die Bestimmungen der Dritten Steuerreformverordnung. In der Ansprache wurde diese Maßnahme begrüßt. Der Antrag fand daher auch ein-

